

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abt. teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. ob. Konfuzien hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Restzeile 45 Pfg.

Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 20

Altensteig, Dienstag den 26. Januar 1932

55. Jahrgang

Eröffnung der Völkerbundsratssitzung

Genf, 25. Jan. Die 66. Tagung des Völkerbundesrates begann Montag vormittag mit einer nichtöffentlichen Sitzung, an die sich unmittelbar daran die erste öffentliche Sitzung angeschlossen. Den Vorsitz der Tagung führt Frankreich. Die französische Regierung hat den Senator Paul Boncour mit ihrer Vertretung beauftragt. Auf der letzten Tagung sind nur wenige Mächte durch Außenminister oder aktive Minister vertreten. Für Großbritannien ist Lord Robert Cecil, für Japan der Gesandte in Brüssel, Sato, für Italien der aus den Frottenerhandlungen bekannte Delegierte Ruffo, für Deutschland vorläufig der Gesandte Schr. v. Weizsäcker erschienen. Die heutige Tagesordnung weist nur Punkte von nebensächlicher Bedeutung auf. Das Interesse an der Tagung ist vorläufig nicht sehr groß. Unter den Anwesenden bemerkt man wiederum eine Reihe von Vertretern der Minderheiten. Danzigs und des Saargebietes. Bekanntlich enthält die Tagesordnung eine Reihe von Fragen, die sie besonders interessieren.

In der nichtöffentlichen Sitzung wurde auf Antrag des chinesischen Vertreters beschlossen, daß der chinesisch-japanische Konflikt heute nachmittags in öffentlicher Sitzung behandelt wird. Der polnische Vertreter hat in dieser nichtöffentlichen Sitzung Einwendungen gegen die Beschränkung des deutschen Abordnungen im Sein. Gräbe, wegen der Handhabung der polnischen Vorkontrollen gemacht und gefordert, daß die Anwesenheit bei der Montagtagung verweigert werde. Dem Vorschlag wurde anheimgestellt, daß mit den interessierten Kommissaratsmitgliedern über die Behandlung des Falles zu verhandeln.

Der Austrittsentscheid Drummonds

Genf, 25. Jan. Im Anschluß an die Vormittags-Sitzung des Völkerbundrates fand eine geheime Sitzung sämtlicher Kommissaratsmitglieder statt. Nach ihrer Beendigung wurde mitgeteilt, daß man Fragen der inneren Verwaltung besprochen habe. In den Verhandlungen des Völkerbundesabkommens verhandelt jedoch, daß der Generalsekretär Sir Eric Drummond den Kommissaratsmitgliedern von seinem Austrittsentscheid Kenntnis gegeben habe.

Die öffentliche Sitzung

Genf, 25. Jan. In der öffentlichen Sitzung widmete zunächst Lord Robert Cecil dem kürzlich zurückgetretenen französischen Außenminister Briand, der in den letzten Jahren ununterbrochen Frankreich im Rufe vertreten hat, einige freundliche Worte. Ein Bericht über die Behandlung der Billklausel auf der Abwicklungs-Konferenz wurde angenommen. Der Bericht geht auf einen Antrag der deutschen Regierung zurück, die verlangt hat, daß die Billklausel aus der Abrüstungskonferenz herausgelassen und in einer besonderen Konvention abgehandelt wird.

Eindruck des neuen Stillhalteabkommens

Die Gläubiger bestätigen die deutsche Auffassung

Berlin, 25. Jan. In politischen Kreisen wird das am Samstag abgeschlossene deutsche Kreditabkommen 1932 und der Begleitbericht als eine Bestätigung der von Deutschland in der ganzen Schuldenfrage immer wieder zum Ausdruck gebrachten Meinung bezeichnet. Das Abkommen sowohl wie der Begleitbericht sind in einem Ton so vollkommenster Sachlichkeit gehalten, wie er nicht besser erwartet werden konnte.

Inbesondere enthält der Begleitbericht außerordentlich wertvolle Argumente für Deutschland. Genau so wie alle früheren Sachverständigenberichte, insbesondere der Baseler Bericht und wie der Wiggins-Bericht, bedeuten die neuen Äußerungen der Sachverständigen eine ernste Mahnung an die Regierungen, zu handeln und zwar schnell zu handeln. Es wird anerkannt, daß die deutsche Forderung nicht mehr erhöht werden kann. Stärker noch als in den früheren Berichten kommt zum Ausdruck, daß Deutschland nur durch Ausfuhr bezahlen kann. In diesem Sinne geht das neue Gutachten über die früheren hinaus, als ausdrücklich bekräftigt wird, daß Deutschland die ihm zur Verfügung gestellten Kredite im ganzen richtig und zweckmäßig verwendet hat. Durch diese Feststellung werden die Argumente, die Deutschland gegen die von Frankreich immer wieder erhobenen gegenteiligen Anschuldigungen vorgebracht hat, in wertvoller Weise unterstärkt. Wenn sogar die Kreditgeber bestätigen, daß Deutschland die ihm gewährten Kredite nicht verschleudert hat, so werden dadurch alle Vorwürfe gegenstandslos.

Aus dem Inhalt des Abkommens ist besonders bemerkenswert der Abzug über das Kündigungsrecht, in dem ausdrücklich festgestellt wird, daß Deutschland nach dem augenblicklichen Stand seiner Wirtschaftslage nicht zahlen kann. Der Hinweis, daß bei einer Veränderung der Lage eine erneute Prüfung durch die Gläubiger stattfinden muß, stellt eine eindeutige Erklärung dar, daß eine Wiederaufnahme der Reparationszahlungen für unvorteilhaft gehalten wird.

Zu diesem in dem Gutachten und in dem Begleitbericht selbst enthaltenen für die Verfestigung des deutschen Standpunktes sehr wesentlichen Argument kommt nunmehr die Tatsache, daß Frankreich nicht mehr wie bisher die Verschlebung der Lausanne-Konferenz mit dem Hinweis auf die noch nicht abgeschlossenen Stillhalteverhandlungen begründen kann.

Hitler spricht vor 7000 Zuhörern in München

Eine Antwort an Brüning

München, 25. Januar. Am Samstag fand im Zirkus, der 7000 Menschen saß und schon eine Stunde vor Beginn überfüllt war, eine gewaltige Kundgebung Hitlers statt, die eine Entgegnung an Brüning darstellte.

Adolf Hitler ging in seiner Rede von der Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Laval aus, daß Frankreich nicht gewillt sei, auf etwas zu verzichten und von einem Plane abzugehen, der die freiwillige Unterschrift Deutschlands trägt.

„Wir Nationalsozialisten haben“, — so betonte der Führer, darauf hingewiesen, daß der bloße Versuch einer Durchführung des Youngplanes zu einer völligen Zerstörung der deutschen Wirtschaft führen müsse. Wenn es Tatsache ist, daß dieser Plan undurchführbar und unerfüllbar ist, so ist es aber auch ebenso Tatsache, daß dieser nunmehr auch von der ganzen übrigen Welt als unerfüllbar bezeichnete Plan von Deutschland als rechtsgültig anerkannt worden ist. Ich betone, daß wir schon jederzeit im Namen des deutschen Volkes die Rechtsgültigkeit nicht anerkannt haben, und daß, wenn wir Gelegenheit zur Aufklärung gehabt hätten, die ganze Nation ihn schon damals einmütig verworfen hätte. Unsere Kritik der Notverordnungen wurde als Illusion bezeichnet. Nur wenige Wochen sind seitdem vergangen. Nun frage ich Sie, wer hat sich auf dem Gebiet der Illusionen bewegt, wir oder die Männer der Notverordnungen? In der Antwort des Herrn Reichsanwalters wird uns entgegengehalten: Ja, Sie könnten auch nichts anderes machen, als wir heute. Halt! Herrsteht Euch! Wir haben nicht nötig, das zu tun, was die anderen heute machen. Aber seit anderthalb Jahren sehe ich, daß sich die andern mit unseren Ideen beschäftigen; und sie sind gezwungen, das zu beginnen, was wir seit vielen Jahren gefordert haben. Aber es ist etwas anderes, ob ein Mensch eine Violine zur Hand nimmt, der gar nicht darauf spielen kann, oder ob ein anderer sie in die Hand nimmt, der ein guter Violinist ist. Ich bestreite, daß es ihnen möglich ist, sich auf Gebieten zu bewegen, die unsere waren und sind. Wo sie versuchen, sich fremdes Geistesgut anzueignen, sehe ich Schritt für Schritt die Beschränktheit und Stumpfsinnigkeit bei der Verwendung dieses Geistesgutes. Wenn die heutigen Politiker sagen, es sei der Beweis der Fähigkeit des deutschen Volkes, daß es trotz allem diesen Winter überlebt, so glauben auch wir, daß es nicht nur diesen Winter, sondern jeden Winter überdauert, weil wir glauben, daß es das heutige System überwindet.“

Adolf Hitler schloß dann in großen Zügen die politischen und wirtschaftlichen Ursachen der heutigen Katastrophe heraus und stellte fest, daß es unmöglich sei, diese Ursachen zu beseitigen, wenn man nicht die persönlich Schuldigen bestrafe.

„Die Weltkrise ist da, aber nicht unverschuldet. Die Menschen, die sich heute auf sie berufen, haben ein gerütteltes Maß an Schuld, daß sie eingetroffen ist. Ich glaube, daß es Völker gibt, die in der Lage sind, ihr zu begegnen. Aber Deutschland ist soweit gebracht worden, daß es anscheinend als Opfer auf der Straße bleiben soll. Es wird behauptet, die Weltkrise sei ein Verhängnis und niemand sei schuldig! Ist sie ein Verhängnis, dann ist Deutschland verloren.“

Wir aber glauben, daß es in Deutschland Schuldige gibt, und dann ist der erste Schritt zur Besserung die Beseitigung der Schuldigen.

Sie sagen: Schuldig ist Versailles. Jawohl! Wer ist aber schuld an Versailles? Der verlorene Krieg! Wer ist aber schuld am verlorenen Krieg? (Stürmischer Beifall!) Wer ist schuld an Versailles?! Immer wieder trifft den Menschen der Fluch der Tat.

Wäre die Katastrophe nicht gekommen, sondern der Erfolg, wären dann auch die Vertreter von Weimar gekommen und hätten gesagt: Wir haben keine Schuld daran? Warum du stirbst ist einerlei, wesentlich ist, daß du nicht die Kraft hattest, dein Leben zu bewahren. So ist es auch im Leben der Völker.

In dem Augenblick, da man zur Revolution schritt, war alles weitere eine zwangsläufige Folgeerscheinung. Am 9. November 1918, am Tage der Revolution, wurde auch die Kriegsschuldfrage mit aus der Taufe gehoben. Hier in Berlin, nicht in Paris. Die Revolutionsparteien brauchten die Kriegsschuldfrage, um einen Rechtsgrund für die eigene Revolte zu besitzen. Und die Parteien, die in Versailles den ersten Paragrafen unterzeichnet haben, haben damit ihr eigenes Handeln in der Heimat motiviert. Aus einem innenpolitischen Verbrechen heraus hat die Koalition von Sozialdemokratie, Zentrum und demokratischem Bürgertum Deutschland vor der ganzen Welt belastet.

Das „schuldige“ Deutschland, das sich selbst als schuldig bekannte, verfiel der Entwaffnung. Zudem man die Nation wehrlos machte, gab man sie auch der wirtschaftlichen Ausplünderung preis. Ich wiederhole: Erst macht man Revolution, weil Deutschland und seine Regierung schuld sei am Kriege. Dann kam die Anerkennung der Kriegsschuldfrage als Basis des Friedensvertrages, dann die Entwaffnung als Folge der festgestellten Kriegsschuld und endlich mußte Deutschland zahlen, weil es „ja schuld am Kriege und vollständig wehrlos“ war. Nein! Nicht Versailles ist die Ursache der Katastrophe, sondern Eure Parteien sind die Ursache. Und daher müssen sie zuerst vernichtet werden.

Herr Brüning ist überzeugt, die Konferenz in Lausanne werde Deutschland erlösen. Ich weiß nicht, ob Lausanne stattfindet. Ich weiß nur, daß, wenn diese Konferenz Deutschland erlösen würde, sie bestimmt nicht stattfinden würde.

Solange es eine Menschengeschichte gibt, ist noch nie eine Unterschrift eines Volkes unter ein Verslavingsdokument bloß aus der Erkenntnis der Unerfüllbarkeit der Forderung gelöst worden. Immer noch hat das politische Wollen das durchstrichen, was politische Unfähigkeit vorher unterzeichnete.

Wir versprechen nicht, daß heute oder morgen die Wendung kommen wird, aber wir versprechen, daß wir die Ursachen des Verfalls beseitigen werden. Die Männer, die für die Pleite verantwortlich sind, müssen mit der Pleite auch verschwinden.

Und wenn sie sagen: Wir gehen nicht, so erwidere ich: Wir werden euch entfernen, so wahr ich hier stehe! (Ungeheurer Beifall.)

Die Männer von Versailles können nach dem Geheiß von Ursache und Wirkung nicht die Männer der deutschen Zukunft sein. Wenn sie sagen, wir räumen das Feld nicht, weil wir verantwortlich sind, dann fragen wir: Wem seid ihr verantwortlich? Der Nation? Fragt sie doch! Sie wird euch euer Urteil ausstellen. (Loudender Beifall.) Aber ihr fürchtet das Volk als Richter! Oder seid ihr verantwortlich euren Parteien? Die sind nicht Deutschland!

Voraussetzung für die deutsche Freiheit ist eine Entwicklung derjenigen Kräfte, die unzertrennlich verbunden sind mit dem Sein und dem Wesen des deutschen Volkstums. Wenn das deutsche Volk sich nicht selbst gefunden hat, war es immer noch verloren. Wir müssen nicht nur das Gift des Pazifismus und Internationalismus in jeder Form austilgen, sondern die Parteien, die ihre Träger sind.

Voraussetzung zu einer Wiedererhebung ist allein die innere Regeneration unseres Volkes. Was die anderen zerstört haben, bauen wir Stück für Stück wieder auf: Eine neue Volksgemeinschaft. In ihr ist das beste Deutschland aus allen seinen Schichten vereint und marschiert heute in unseren Reihen. Wenn es nicht das Beste wäre, wie hätten wir dann aus sieben Mann 15 Millionen werden können? Wenn diesen Geist, der heute 15 Millionen beherrscht, schon heute ganz Deutschland bejähete, dann stünden wir heute anders da.

Wenn ihr sagt, wir werden eine eiserne Front aufrichten, dann erwidern wir: Die Front aus Eisen ist schon da! Ihr habt die Front der Lüge, der Verleumdung, des Mordmordes und hinterhältigen Angriffs. Trotzdem habt ihr uns nicht zum Wanken gebracht.

Und wenn da jemand sagt, er wäre noch nicht erschüttert, dann weisen wir darauf hin, daß auch eine Festung erst dann zu Fall gebracht wird, wenn ihr letztes Fort gefallen ist.

Die Parteitürme Deutschlands, mögen sie heißen wie immer, wir reißen sie ein und bauen auf dem Schutt wieder auf den Turm der deutschen Nation! (Stürmischer anhaltender Beifall!)

Ein Interview des Reichswehrministers

Paris, 25. Jan. In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der „Volante“, hat Reichswehrminister Dr. Brüning eine Reihe ihm vorgelegter Fragen wie folgt beantwortet, wozus wir folgendes entnehmen:

Welches ist der allgemeine Standpunkt des Reichswehrministers in der Abrüstungskonferenz?

In der Abrüstungskonferenz haben alle deutschen Regierungen stets einmütig den gleichen Standpunkt vertreten, der sich auf die Verträge von 1919 stützt. Am 9. Nov. 1918 erklärten wir: Deutschland fordert das gleiche Recht wie alle anderen Staaten. Das bedeutet, daß es in von Methoden der Abrüstung keinen Unter-



Wied zwischen den Siegern und den Besiegten des Weltkrieges geben darf und daß Deutschland das gleiche Recht auf Sicherheit wie jeder andere Staat besitzt. Diese Forderungen müssen für ein Land, das sein Recht auf Selbständigkeit und Leben nicht aufgeben will, selbstverständlich sein. Sie stimmen vollkommen mit dem überein, was das Europa-Memorandum der französischen Regierung vom Mai 1930 mit den Worten ausgedrückt hat: „Die Grundlage des Völkerbundes ist die Souveränität der Staaten und die Gleichheit ihrer Rechte.“

Durch den Versailler Vertrag wurde Deutschland abgerückt. Seine militärische Organisation wurde zerstört, sein Kriegsmaterial in einem ungeheuerlichen Umfang zerstört. Als Beispiel nennt es, wenn ich Ihnen sage, daß Deutschland damals 88 000 Geschütze und Minenwerfer, 14 000 Flugzeuge, 26 Großkampfschiffe abgab oder zerstört hat. Ich kann mich auf das Zeugnis des Marshall's Berichtes berufen, der am 31. Januar 1927 im Berichtesausschuß der französischen Kammer gesagt hat: „Ich beklage, daß die Entwaffnung Deutschlands tatsächlich durchgeführt ist.“ Aber Deutschlands Entwaffnung war nur eine Vorleistung. In den Verträgen von 1919 haben sich die Alliierten verpflichtet, wenn Deutschland den Weg der Abrüstung gezeigt habe, ihm auf diesem Wege zu folgen. Dieser Weg der Abrüstung ist in den militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages festgelegt. Nur auf diese Weise wird die wahre Abrüstung verwirklicht werden. So wird auch Deutschland wieder seine nationale Sicherheit erhalten können, denn heute besteht für Deutschland keinerlei Sicherheit. Es besitzt nur 100 000 Berufswehrsoldaten im Lande und 15 000 Soldaten der Marine. Es hat keinerlei Reservisten. Die jüngsten Soldaten des Krieges sind heute schon über 30 Jahre alt und haben in dieser Zeit nicht die geringste militärische Ausbildung genossen. Es kann keinerlei Mobilisationsvorbereitungen treffen. Demagoguen können die Länder, die unmittelbar an Deutschland angrenzen, im Kriege fast 10 Millionen mobilisieren. Dieser Zustand völliger Unsicherheit ist für Deutschland natürlich im höchsten Grade beunruhigend und unerträglich. Er kann nur dadurch beseitigt werden, daß die übrigen Staaten jene Abrüstungsverpflichtungen von 1919 erfüllen, deren moralische und juristische Verbindlichkeit Paul-Boncour in Genf ausdrücklich festgestellt hat.

Warum hat Deutschland den Konventionentwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission abgelehnt?

Deutschland kann nur eine Abrüstungskonvention unterschreiben, welche dem großen Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staaten Rechnung trägt und eine wirkliche Abrüstung der Welt verbürgt. Beides trifft auf den Entwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission nicht zu. Er vertritt den Grundsatz der Gleichberechtigung. Er wendet keine der Methoden des Versailler Vertrages auf die übrigen Staaten an. Er beschränkt weder die ausgebildeten Reservisten noch das lagernde Material, auf denen die ungeschulte Kriegsmacht moderner Heere beruht.

Es wird behauptet, daß die deutsche Flotte unterhalb der Grenze verbleibe, die der Versailler Vertrag festsetzt. Ist diese Auffassung richtig?

Diese Auffassung stimmt. Nach dem Friedensvertrag haben wir das Recht, abgesehen von den kleineren Schiffen, 6 Panzerschiffe und 6 Kreuzer, zusammen also 12 größere Schiffe in Dienst zu halten. Die darüber hinaus noch erlaubten Kreuzerschiffe — 2 U-Boote und 2 Kreuzer — sind dabei nicht berücksichtigt. Deutschland hat aber niemals mehr als 8 Schiffe (4 Panzerschiffe und 4 Kreuzer) in Dienst gehalten. Ferner durften wir unsere alten Panzerschiffe und Kreuzer nach Währinger Lebensdauer ersetzen. Da die Schiffe, die uns gelassen wurden, sämtlich überaltert waren, hätten wir in den Jahren 1921—1926 unsere sämtlichen Panzerschiffe und Kreuzer durch Neubauten ersetzen können. Tatsächlich haben wir von 1921 bis 1931 nur 1 Panzerschiff und 5 Kreuzer vom Stapel gelassen.

Wie verhält es sich in Deutschland mit der militärischen Jugendzucht und welche Bedeutung haben Stahlhelm und die nationalsozialistischen Organisationen vom militärischen Gesichtspunkt aus?

In Deutschland gibt es keine militärische Jugendzucht. Während in jedem anderen Lande große Organisationen bestehen, welche in Verbindung mit den Kriegsmilitärischen die Jugend auf ihre Dienstzeit vorbereiten, hat die deutsche Armee und Marine nicht den geringsten Einfluß auf die Erziehung der Jugend. Der Sport, der in der deutschen Jugend getrieben wird, hat mit militärischer Ausbildung nichts zu tun. Ebenjowenig können der Stahlhelm und die SA der Nationalsozialisten als militärische Verbände angesehen werden. Es fehlt ihnen vollständig an Waffen jeder Art. Die Reichswehr selbst verfügt nur über eine Garnitur an Waffen und Ausrüstung. Es wäre also unmöglich, die Wehrverbände aus Beständen der Reichswehr zu bewaffnen. Die sogenannten Wehrverbände dienen lediglich innerpolitischen Zwecken der Parteien, von denen sie abhängen. Das gleiche gilt vom Reichswehr.

Wie denken Sie über die Aussichten der Nationalsozialisten in Deutschland?

Die nationalsozialistische Bewegung ist in den letzten Jahren laminarisch angewachsen. Ihre Führer haben sich zur Legalität bekannt. Sie wissen auch, daß die Nachmittage des Deutschen Reiches und der Länder so stark sind, daß sie auf illegalem Wege niemals zur Macht kommen würden. Ob die Partei einmal so stark werden wird, daß sie allein zur Regierung kommen kann, ohne sich durch Koalitionen mit anderen Parteien zu binden, kann man heute noch nicht beurteilen. Wenn es aber etwas gibt, welches noch mehr Deutsche dazu treibt, an den bisherigen politischen Methoden zu verzweifeln und die Reihen der radikalen Parteien zu verstärken, so ist es die Politik derjenigen Staaten, die seit dem Kriege Deutschland als eine Nation zweiter Klasse behandeln und ihm selbst die niedrigsten Rechte vorenthalten wollen, die jedes Volk von Natur in Anspruch nimmt: das Recht auf freie Entwicklung und auf Sicherheit.

Generalstreik in Sevilla

Sevilla, 25. Jan. Hier ist heute vormittag der Generalstreik ausgebrochen. Die Stadt ist militärisch besetzt. Ueber ihr kreist Flugzeuge. An einigen Stellen ist es bereits zu Schießereien gekommen.

In Barcelona geht der Streik weiter. Aber die Stadt hat im allgemeinen ihr normales Aussehen wiedergewonnen. In der Universitäts von Barcelona wurden mehrere kommunistische Studenten verhaftet.

Englisch-dänisches Zollbündnis?

Kopenhagen, 25. Jan. Die Zeitung „Politiken“ bringt ein Interview mit dem englischen Minister für öffentliche Arbeiten, Ormsbo Gora, worin dieser sich über den Plan der englischen Regierung, mit einer Reihe von Ländern, darunter Dänemark, neue Handelsabkommen zu treffen, wie folgt ausspricht: Die englische Regierung hat den Zollplan ausgearbeitet, den sie dem Unterhaus vorlegen wird. Nach diesem Plan wird auf alle Waren, die in England eingeführt werden, ein Zoll gelegt, jedoch derart, daß die Kolonien und diejenigen Länder, mit denen ein Gegenseitigkeitsabkommen abgeschlossen werden kann, eine Vorzugsbehandlung behalten. Daneben werden jedoch die Kolonien eine höhere Beibehaltung erhalten als Dänemark und andere Länder. Das einzige Ziel der englischen Regierung ist, im Außenhandel Englands das Gleichgewicht herzustellen und den Weltmarkt wieder in Gang zu bringen. Wir wünschen, mit diesem Vorzugsabkommen mit den Kolonien und mit Ländern wie Argentinien, Holland, Schweden, Norwegen und Dänemark eine Interessengemeinschaft von einem Reichsumsatz zu schaffen, in der jeder Handelsverkehr mit möglichst geringen Hindernissen vor sich gehen kann. Wir sind bereit, Dänemark auf dem britischen Markt eine Vorzugsstellung einzuräumen und werden dafür mehr als eine Weisung verlangen. Wenn das mit den bestehenden Handelsverträgen nicht möglich ist, müssen wir den Weg der Zollunion beschreiben.

Auf die Frage, ob es richtig sei, daß die englische Regierung auf alle Einfuhrwaren einen Wertzoll von 10 Prozent zu legen beabsichtige, erwiderte Minister Ormsbo Gora, für einige Waren werde der Zoll etwas über 10 und für andere weniger als 10 Prozent betragen; 10 Prozent könnten aber als Durchschnittssatz betrachtet werden.

Neues vom Tage

Konferenz der Kultusminister zur Entpolitisierung der Schulen

Berlin, 25. Jan. Wie wir von seiten des Reichsinnenministeriums erfahren, hat Reichsinnenminister Gröner, nachdem er bereits vor einiger Zeit mit den Innenministern der Länder Beratung genommen hatte, die Kultusminister der Länder zum nächsten Sonntag zu einer Konferenz in das Reichsinnenministerium eingeladen. Es sollen die Frage der Entpolitisierung der Schulen und die damit im Zusammenhang stehenden Probleme erörtert werden.

Der Reichspräsident empfängt den belgischen Gesandten in Abschiedsaudienz

Berlin, 25. Jan. Der Herr Reichspräsident empfing heute nachmittag den von Berlin scheidenden belgischen Gesandten Coerts in privater Abschiedsaudienz.

Die sozialistische Arbeiterinternationale tagt

Köln, 25. Jan. Unter dem Vorsitz von Vanderveelde tagte gestern und heute das Büro der sozialistischen Arbeiterinternationale. An der Tagung nahmen teil aus Deutschland Breitscheid, Hilferding und Wels. Es wurde eine Entschliessung angenommen, in der Eindämmung der Zölkampfe und Schaffung selbständiger Wählgruppen gefordert wird. In der Entschliessung heißt es weiter: Weber dürfen internationale Verträge einseitig zerreißen, noch darf zur Erfüllung Druck oder Gewalt angewandt werden.

Französisch-englische Besprechungen in Paris

Paris, 25. Jan. Am Quai d'Orsay fand heute eine längere Besprechung statt, an der u. a. Laval, Flanin und Philippe Berthelot sowie der englische Botschafter in Paris, Lord Lytton, teilnahmen. Ueber diese Unterredung ist ein Kommuniqué nicht ausgegeben worden, doch bezeichnet Havas es als wahrscheinlich, daß das Reparationsproblem besprochen worden ist und daß die französischen Vertreter dem englischen Botschafter den französischen Standpunkt über das gegenüber Deutschland einzuschlagende Verfahren präzisieren. Havas ist der Ansicht, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und England im Bereich der Wahrscheinlichkeit liege, so daß nur noch Ort und Zeit der Besprechung zwischen Laval und MacDonald festzulegen sein würden.

Schnellgerichtsverfahren in der Dreifemerk

Berlin, 25. Jan. Das Ermittlungsverfahren gegen den wegen Diebstahls in Haft genommenen Dr. Gurbert, Berliner Vertreter des Lombard Bankhauses Singer und Friedländer, den Bankkommissar Portag und den Bankier Kurt Döppelner steht unmittelbar vor dem Abschluß. Die Zollabhandlung steht nur noch Vernehmungen in Worms und Nürnberg vornehmend, da der Verdacht besteht, daß dortige Bankstrafen an der Kläre beteiligt seien. Sofort nach Abschluß dieser Vernehmungen wird die Anfrage vor dem Schnellhöfengericht in Moabit zur Verhandlung gebracht werden.

Schlusssätze für die amerikanische Präsidentschaftswahl

New York, 25. Jan. Aus Anlaß der bevorstehenden Präsidentschaftswahl-Kampagne feste eine Washingtoner Zeitschrift mehrere hundert Dollar in Preisen für die beste republikanische Wahlparole aus. Aus über hunderttausend eingegangenen Wahlparolen erhielt den 1. Preis die folgende: „Die Prosperität kommt zurück, treibt sie nicht wieder von Euch weg.“ Den 2. Preis erhielt das kurze Schlusssatz: „Haltet aus!“. Den 3. Preis erhielt die sich auf die Wappentiere beider Parteien, den republikanischen Elefanten und den demokratischen Esel beziehende Parole: „Der Elefant arbeitet, während der Esel ausschläft.“

Caillaux für KonzeSSIONen

Paris, 25. Jan. „Deure“ veröffentlicht einen Artikel des Senators Caillaux über die Reparationsfrage. Er erklärt, die Welt könne nur durch Streichung der Schulden von Volk zu Volk aus der Sackgasse herauskommen. Er habe zu England das Vertrauen, daß es ihm gelingen werde, America von der Schwäche seiner Stellung zu überzeugen. Damit die Engländer erfolgreich in Washington plädieren könnten, würden sie wahrscheinlich von Frankreich verlangen, daß es auf seinen Reparationsüberschuß nach dem Vonnavian verzichte. Frankreich habe die Möglichkeit dies abzulehnen. Das Recht liege auf seiner Seite. Aber man müsse auf das Leben Rücksicht nehmen. Das Interesse Frankreichs, verbunden mit dem Interesse Europas lege Frankreich Kompromißformeln nahe. Caillaux hebt diese Gegenleistung in Form eines Wirtschaftsvertrages.

Aus Stadt und Land

Mittwoch, den 26. Januar 1932.

— Billigere Arzneitage. Der Reichsrat hat die Einführung der deutschen Arzneitage für 1932 beschlossen. Dabei wurde der Kohnbogen, der den Apothekern höchstensfalls verbleibt, auf 30 Prozent festgelegt. Weiterhin soll zur Pfennigrechnung übergegangen werden.

Vom Kriegerverein. Der Verein hielt am Sonntagnachmittag 3 Uhr in der Bahnhofrestauration seine Generalsversammlung ab. Der Vorstand, Steuersekretär Gröner, begrüßte die zahlreich versammelten Kameraden und gedachte der seit der letzten Generalversammlung verstorbenen vier Kameraden, worunter zwei Alibeteranen. Die Versammlung ehrte das Andenken an die Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Dem Schriftführer Wieland und dem Kassier Frey wurde je unter Anerkennung ihrer Kochschafts- und Kassenberichts Entlastung erteilt. Die Neuwahlen brachten folgendes Ergebnis: An Stelle des verstorbenen 2. Vorstandes, Stadtbaumeister Henfler, wurde Möbelfabrikant Hr. Schabbe, an Stelle des wegen Krankheit zurückgetretenen Schriftführers Wieland wurde Steuerinspektor Schwanter gewählt. Die jahungsgemäß auszuscheidenden Ausschussmitglieder Friedrich Walz, Jakob Walz, Albert Wieland sen., Karl Armbruster und Karl Luz wurden wiedergewählt, an Stelle des zurückgetretenen Ausschussmitglieds Karl Walz wurde Adolf Henfler gewählt. Es erfolgte ferner eingehende Besprechungen über die Schlichtungsangelegenheiten. Diefelbe soll im Frühjahr in Betrieb genommen werden. Kamerad Leuz erbatte hierüber und über die für die Schlichtungsabteilung auszustellenden Satzungen eingehenden Bericht. In einem interessanten und aufklärenden Vortrag gab er jedoch noch ausführliche Zahlen über den derzeitigen Küstungsstand Deutschlands und über denjenigen der nachbarlichen einflussigen Feindmächte bekannt. Eine Entschliessung in Form eines Protestes gegen die Nichtabrückung der ehemals feindlichen Mächte wurde einstimmig angenommen. Nach einer kurzen Aussprache konnte der Vorstand die Versammlung mit dem Dank an die Kameraden für ihr zahlreiches Erscheinen schließen.

Vom Lieberfranz. Am Samstag, den 23. ds. Mts., fand bei Mitglied Friedrich Scher zum Löwen“ die 94. ordentliche Generalversammlung statt. Vorstand Witzemann eröffnete um 8.30 Uhr die Versammlung, welche recht gut besucht war, mit herzlichen Begrüßungsworten und Bekanntgabe der Tagesordnung. Insbesondere gab er seiner Freude darüber Ausdruck, daß er unter den beinahe vollständig erschienenen Ehrenjüngern auch den Senior davon, Herrn Karl Kohler, der erst vor einigen Wochen seinen 75. Geburtstag feierte, begrüßen dürfte. Nach dem stoff vorgetragenen Eingangsschor: „Hebt die Herzen empor“ wurde in die Tagesordnung eingetreten. Zuerst gab Vorstand Witzemann noch einen Rückblick über das abgelaufene Vereinsjahr, aus dem zu entnehmen war, daß der Verein im abgelaufenen Jahr sich weiterhin eifrig der Pflege des deutschen Liedes gewidmet und dabei gute Fortschritte gemacht habe. Den verstorbenen Mitgliedern und insbesondere dem verstorbenen Ehrenvorsitzenden Karl Luz, welcher ein treuer Freund und Anhänger des Vereins war, widmete Vorstand Witzemann noch ehrende Worte, worauf sich die Versammelten zum Andenken an die Verstorbenen von den Sitzen erhoben. Die Mitgliederzahl des Vereins hat sich nicht nennenswert verändert. Ausgetreten sind drei passive Mitglieder, gestorben sind vier Mitglieder, zusammen Abgang sieben Mitglieder; eingetreten sind vier aktive und drei passive Mitglieder. Der Gesamtmitgliedsbestand beträgt einschließlich Ehrenjüngern und Ehrenmitgliedern 175. Nach dem Kassenbericht, welcher geprüft und in bester Ordnung befunden worden ist, haben sich die finanziellen Verhältnisse des Vereins gegenüber dem Vorjahr, wo nur noch ein Kassenbestand von 12.41 Mark vorhanden war, etwas gebessert. Nach Beilegung des Protokolls durch den Schriftführer dankte Vorstand Witzemann den beiden Funktionären für ihre Tätigkeit. Bei Punkt Wahlen herrschte Einmütigkeit und es gab somit keine Veränderung im Verein. Nach der Sitzung hatten die Hälfte der Ausschussmitglieder auszuscheiden, welche sämtlich wiedergewählt wurden. Es sind dies die Herren Hermann Luz, Adam Dielerle, August Jocher, Hans Grüner. Unter Punkt Verchiedenes wurden noch einige interne Vereinsangelegenheiten besprochen. Ferner wurde der frühere langjährige Sänger Karl Weikraff zum Ehrenmitglied ernannt. Vorstand Witzemann dankte dem Jubilar nochmals für seine Treue, die er dem Verein bewiesen hat und überreichte das Diplom seinem anwesenden Sohn. Auch gab Vorstand Witzemann noch das vorläufig aufgestellte Programm für 1932 bekannt. Während der Pause wurden immer wieder stoff vorgetragene Chöre, unter der früheren Stabsführung des Dirigenten, Hauptlehrer Prof. zum Vortrag gebracht. Am Schluß der Versammlung, welche in harmonischer Weise verlief, forderte Vorstand Witzemann die Anwesenden nochmals auf, auch im kommenden Vereinsjahr treu zum Verein halten zu wollen.

Wiefelsberg, 25. Januar. Den Tod in der Ragold gesucht hat, wie sich nunmehr herausgestellt hat, die seit vergangener Sonntag vermählte ledige Näherin Bertha Red. Das 27 Jahre alte Mädchen hatte sich bekanntlich am Sonntagmorgen zum Kirchgang nach Bad Liebenzell begeben und war seither nicht wieder zurückgekehrt. Nach einwöchiger Suche in den Wäldungen und an den Ragoldufern ist nun die Leiche der Vermissten zwischen Bad Liebenzell und Mondach in der Ragold aufgefunden worden. Die Gründe für den Freitod des in guten Verhältnissen lebenden Mädchens sind völlig unbekannt.

Rottenburg, 24. Januar. Die für den Telefonverkehr in Rottenburg seit geraumer Zeit im Bau befindlichen neuzeitlichen Einrichtungen, und zwar ein Selbstamt für den hiesigen Ortsverkehr und den Fernverkehr (über Keutlingen und Horb) wurden dem öffentlichen Verkehr übergeben.

Stuttgart, 25. Jan. (Das deutsche Turnfest 1933.) Für das 15. Deutsche Turnfest 1933 sind die Vorbereitungen in vollem Gange. Es ist eine Geschäftsstelle errichtet worden. Der Haupttag des Deutschen Turnfestes dürfte auf den 30. Juni fallen. Für Mitte März nächsten Jahres ist eine Werbewoche beabsichtigt.

Wanderung in der kommunistischen Parteileitung. Als Führer der württembergischen Kommunisten wird, wie die „Schwäbische Tagwacht“ berichtet, anstelle des nach Berlin verfechten Reichstagsabg. Schäffer der kommunistische Reichstagsabg. Buchmann-München nach Stuttgart kommen. An die Stelle des nach Keutlingen (nicht nach Geislingen) verfechten Stuttgarter Bezirksleiters, des Landtagsabg. Schneid, wird ein Herr Bechtle und an Stelle des Parteisekretärs Bellemann Redakteur Fritz Rau treten.



Verbot der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“. Das Innenministerium hat die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ im Anschluß an die vom Polizeipräsidentium Stuttgart verfügte Beschlagnahme der Nummer 18 vom 23. ds. Mts. auf Grund der Ersten und Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen bis 6. Februar 1932 einschl. verboten.

Vorlicht beim Wachslochen. Am Samstag nachmittag lochte in einem Hause der Rotestraße eine Frau Bodenwachs, das durch das offene Feuer in Brand geriet. Der Frau, die das brennende Gefäß rasch vom Feuer entfernen wollte, ließ dieses fallen. Sie eilte darauf zum Feuermelder. Ein in der Küche befindlicher 79 Jahre alter Mann der den Raum nicht rasch genug verlassen konnte, wurde von den Flammen erfaßt und erlitt schwere Brandwunden.

Autounfall. Am Sonntag vormittag fuhr ein Kraftwagen aus Beintem, als er ein Stuttgarter Auto an der Ecke Untertürkheimer- und Kieselbachstraße überholen wollte, auf einen Last der Straßenbahn. Dabei wurden sämtliche fünf Insassen, drei Erwachsene und zwei Kinder zum Teil schwer verletzt.

Reichsministerbesuch. Im Laufe dieser Woche wird Reichsverkehrsminister Trevisanus nach Stuttgart kommen, um die Arbeiten zur Verkehrsförderung in Württemberg zu besichtigen. In der übernächsten Woche besucht Reichsernährungsminister Schiele Württemberg und die Landeshauptstadt, um sich von den Fortschritten zu überzeugen, die auf dem Gebiete der schwäbischen Milchwirtschaft erreicht wurden. Württemberg ist das erste Land, das die im Reichsmilchgesetz vorgesehenen Maßnahmen mit sichtbarem und beachtenswertem Erfolg durchführt.

Degerloch, 25. Jan. (Einbruch in der Kirche.) In der Nacht zum Sonntag wurde von unbekannten Tätern ein Einbruch in die katholische Kirche in Degerloch unternommen. Sie erbrachen die beiden Opferstöcke und entnahmen daraus die geringen Geldbeträge, die darin waren. Im Schutze der Dunkelheit konnten sie unbemerkt wieder entkommen.

Tagstall O.A. Ellwangen, 25. Jan. (Brand auf dem Kreuthof.) Am Samstag abend brach im großen Stall- und Scheunengebäude des Kreuthofes Feuer aus, das in den reichigen Heu- und Strohvorräten reiche Nahrung fand. Zum Glück gelang es der Feuerwehr, ein Uebergreifen des Feuers auf den massiv gebauten, loeben ganz modern eingerichteten Stall zu verhindern. Dagegen brannte die Scheune mit allen Vorräten und landwirtschaftlichen Maschinen vollständig nieder. Auch die Hühner und ein Schwein sind verbrannt.

Sigmaringen, 25. Jan. (Zwei tödliche Unfälle.) Am Freitag wurde das 9 Jahre alte Töchterchen des Landwirts Alfred Maier in Winterpörsen von einem Fuhrwerk überfahren. Der Wagen ging dem unglücklichen Kind direkt über die Brust. Der Tod trat nach kurzer Zeit ein. — Hofgutsbesitzer Franz Herbst in Seefingen wurde beim Füttern von seinen eigenen Säulen geschlagen und zu Boden geworfen. Schwer verletzt, mit eingedrücktem Brustkorb und ohne Bewußtsein, wurde er aus dem Stall gebracht. Herbst ist am Samstag an den erlittenen Verletzungen gestorben.

Wiesenttal O.A. Gelsingen, 25. Jan. (Auto überfährt sich.) Auf der Straße nach Mühlhausen ereignete sich ein Verkehrsunfall. Am einen Zul.-...menstok zu vermeiden, rief ein Autofahrer das Steuer so rasch herum, daß sich der Wagen überschlug. Dabei zogen sich zwei Insassen leichtere Verletzungen zu, während ein missfahrendes Kind sehr schwer verletzt wurde.

Gmünd, 25. Jan. (Von der Fachschule.) Die Staatliche höhere Fachschule für Edelmetallindustrie Gmünd wird im laufenden Winterhalbjahr von 162 Schülern, darunter 16 Schülerinnen, besucht. Aus Württemberg sind 127 Schüler, aus Preußen 20, Baden 4, Bayern und Sachsen je 3, Bremen, Hamburg und Danzig je 1 Schüler.

Oberflacht O.A. Tuttingen, 25. Jan. (Brand.) Am Freitag früh brach in dem Anwesen des Gallus Metz Feuer aus. Die erschreckten Bewohner mußten ihre kleinen Kinder — noch im Hemd — eiligst bei Nachbarn in Sicherheit bringen und dann das Vieh retten. Alles andere fiel den Flammen zum Opfer.

Schuffenried, 25. Jan. (Bürgermeisterwahl.) Bei der Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Amtverweser und Ratschreiber Hepp mit 960 Stimmen gewählt, Bürgermeister Behr von Ebnat erhielt 70 Stimmen.

Wilhelmsdorf O.A. Ravensburg, 25. Jan. (Todesfall.) Am Sonntag starb nach längerem schwerem Leiden im 74. Lebensjahre Jakob Ziegler, Direktor des evang. Knabeninstituts Wilhelmsdorf und Vorstand des Vereins der Zieglerischen Anstalten. Der Dienst am Knabeninstitut und an den Werken der Inneren Mission in Wilhelmsdorf war das Lebenswerk des Entschlafenen. Aus dem Volksschuldienst hervorgegangen, wurde er von seinem Vetter, dem damaligen Direktor Johannes Ziegler, schon im Jahre 1877 als Währiger Jüngling als Lehrer an das 1875 gegründete Knabeninstitut berufen. Nach zweijähriger Verwendung im staatlichen Schuldienst trat der 24jährige 1882 endgültig in den Dienst des Knabeninstituts. 52 Jahre ist er in diesem Dienste geblieben. Nach dem Tode des Direktors Johannes Ziegler 1907 wurde dem Entschlafenen nicht nur die Leitung des Knabeninstituts, sondern auch die Vorstandschäft des Vereins der Zieglerischen Anstalten übertragen. Erst im letzten Jahre hat er sich vom Dienst an der Schule zurückgezogen, während er die Leitung des Gesamtwerts beibehielt.

Ellwangen, 25. Jan. (Straffache Joepprig.) Die Verhandlungen in der Straffache Joepprig beginnen am Mittwoch, 27. Januar, vormittags 9 Uhr im großen Schwurgerichtssaal. Der Prozeß dürfte etwa drei Wochen dauern.

Wirtschaftsminister Dr. Maier in Freudenstadt

Kolktandwert für 240 000 Arbeitstagwerke

Freudenstadt, 25. Januar. Auf einer Tagung der Wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft Freudenstadt sprach u. a. auch Wirtschaftsminister Dr. Maier über Sorgen von Stadt und Bezirk Freudenstadt. Der Minister führte u. a. folgendes aus: Wir müssen die Lage heute keinesfalls mit Pessimismus, sondern mit Ruhe ansehen und dürfen vor allem nicht vergessen, daß Deutschland nicht das einzige Land ist, das heute von einer schweren Krise erfaßt ist, obwohl wir besonders durch Inflation und Reparationen ausgefaßt worden sind. Aber keine Regierung der Welt kann diese Krise heilen, die Heilung muß aus der Wirtschaft selbst kommen; eine Regierung kann nur helfen und mildern und sich um die am schwersten leidenden Opfer der Krise besonders annehmen! Auch Württemberg leidet schwer; doch erreicht die Arbeitslosigkeit entfernt nicht den Reichsdurchschnitt und vor allem nicht die phantastischen Höhen in den sonstigen Industriegebieten des Reiches. Die größere Krisenfestigkeit verdanken wir dem glücklicheren Aufbau unserer Wirtschaft und der günstigeren Schichtung unserer Bevölkerung, der Tatsache, daß bei uns in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe der kleine und der mittlere Betrieb und Besitz dem Land den Charakter geben und daß auch die Arbeiterchaft vielfach nicht ganz befristet ist, sondern oft in kleinen Häusern, eine Kuh im Stalle und etwas Acker- oder Gartenland ihr eigen nennen kann; 60 Prozent der württ. Bevölkerung wohnen im eigenen Haus; Handwerker gibt es in Württemberg um ein Drittel mehr als im Reichsdurchschnitt! Um die Erhaltung, um die Stärkung dieser besonders und günstigeren Wirtschaft muß der Kampf in der Zukunft gehen und dieser Wirtschaftsaufbau darf vom Reich her nicht gefährdet werden, sondern muß vorbildlich für das ganze Reich werden.

Die Sorgen von Stadt und Bezirk Freudenstadt werden von der Regierung in feierlicher Fühlungnahme mit den Vertretern der Wirtschaft verfolgt und wir suchen dort, wo wir helfen können, zu helfen. In diesem Zusammenhang ist der Gedanke des freiwilligen Arbeitsdienstes sehr erwägenswert. Bloß ist er nicht das Allheilmittel, sondern nur ein Mittel, das allerdings besonders geeignet ist, die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen zu beheben, die Erziehung braucht; und diese ist am besten in gemeinsamen Arbeitslagern unter Führung erfahrener Persönlichkeiten möglich. Die Aufgaben des freiwilligen Arbeitsdienstes wären vor allem Weg- und Straßenbauten, die sonst nicht durchgeführt werden könnten, weil sie zu viel Geld kosten. Wenn sich also in Freudenstadt der Gedanke des freiwilligen Arbeitsdienstes in die Wirklichkeit umsetzen lassen würde, dann wird es das Wirtschaftsministerium aus seiner grundsätzlichen Zustimmung zu diesem Gedanken an Unterstützung nicht fehlen lassen, wie es auch bereits in Baiersbrunn geschehen hat. Große Misere hat die württ. Regierung bei ihren unablässigen Bemühungen um die Rettung der Waldwirtschaft und der damit auf Gedeih und Verderb verbundenen Sägewerksindustrie erlitten. Kein Gebiet der württ. Wirtschaftsverwaltung weist einen so absoluten Fehlschlag auf. Wir haben hier beim Reich nicht das geringste Verständnis gefunden, ja von einem deutschen Einzelstaat aus direkte Segnerchaft. Wir dürfen nicht übersehen, daß uns die holzwirtschaftlichen Fragen mehr auf den Fingern brennen als andern Reichsteilen; denn wir sind Holz-Exportgebiete. Was hat man in der Kognaktraße, wo Norddeutschland Leberwurstgebiet ist, getan! Man hat Millionen und aber Millionen geopfert, man hat 300 auf 300 gehäuft, um den Kognakpreis zu halten. Wir im Süden tragen diese finanziellen Lasten mit, zahlen in Form eines teureren Brotes tagtäglich an dieser Stützung mit, deren Notwendigkeit wir anerkennen. So ist aber unerträglich, wenn man unsere Wünsche überhaupt nicht behandelt und die Tiere einfach zuschlägt. Dabei ist gerade die Waldwirtschaftsfrage am allermeisten davon erfaßt, eine enge Interessentenfrage zu sein; sie ist vielmehr eine staatswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Frage allerersten Ranges.

Für Freudenstadt und für den ganzen Bezirk und überhaupt für unser Land liegt für die Zukunft noch eine wirtschaftliche Chance und Reserve im Fremdenverkehr. Dem Fremdenverkehr ist die öffentliche Aufmerksamkeit, die staatliche Fürsorge nur in sehr geringfügigem Maße zugewendet worden, obwohl seine volkswirtschaftliche Bedeutung eine ganz außerordentliche ist. Hier ist ein Gebiet, wo wir uns ohne Schaden auf eine deutsche Eigenwirtschaft zurückziehen können. Das Württ. Wirtschaftsministerium bemüht sich auf diesem Gebiet, auf engem mit der Reichsbahn und den Fremdenverkehrsverbänden zusammenzuarbeiten. Der Schwarzwald wird in seiner Schönheit immer mehr erkannt und ist den Mittelgebirgen in Nord- und Mitteldeutschland in jeder Beziehung überlegen. Aber wir müssen Stadt und Bezirk Freudenstadt näher an den Verkehr heranbringen, es leichter erreichbar machen. Bis heute geht noch kein Schnellzug von Stuttgart nach Freudenstadt! Die größten Schwierigkeiten bereiten bis jetzt die Verhältnisse auf dem Bahnhof Eutingen. Die Hoffnung, daß durch den Staatsvertrag zwischen Württemberg und der Reichsbahn über den Ausbau der Nord-Südtrasse Oberburten-Luttingen-Hattingen auch der Bahnhof Eutingen rasch umgebaut und ausgebaut würde, ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Am letzten Mittwoch ist aber nun ein Telegramm eingelaufen, wonach die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten der Reichsbahn ein Darlehen von 2383000 Mk. gibt; schon vorher hatte in dankenswerter Weise das Land es gearbeitet am Südwestdeutschland 720000 Mk. also verlorenen Zuschuß zur Verfügung gestellt; einen weiteren in die Millionen gehenden Betrag hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft auszubringen. Mit diesen Mitteln ist es möglich, den Bahnhof Eutingen zu bauen und durch ganz Württemberg hindurch ein großes Kolktandwert mit nicht weniger als 240 000 Arbeitstagenwerken durchzuführen. Neben dem Neubau des Personenbahnhofs Eutingen soll der Unterbau für die Bahnhofserweiterung in Kottweil und das zweite Gleis zwischen Redarhausen und Sulz in Angriff genommen, ferner das zweite Gleis auf weiteren Teilstrecken zwischen Jagstfeld und Oberburten fertiggestellt werden. Wir freuen uns aufrichtig, daß damit Brot und Arbeit für viele Hunderte von Arbeitlosen auf fast zwei Jahre und daß gleichzeitig eine Verkehrsverbesserung geschaffen wird, die der Stärkung der Wirtschaftskraft unseres Landes auf die Dauer gesunden dient.

Landwirtschaftskammervahlen

Stuttgart, 25. Jan. (Landwirtschaftskammervahlenwahl.) Von den gezeigten Landwirtschaftskammervahlen lagen bis zum Montag abend bei der Zentralstelle für Landwirtschaft die Ergebnisse aus 34 Oberämtern vor. Bei der Wahl der Landwirte dominierte, wie zu erwarten stand, der Wahlzettel des Landw. Hauptverbands. Der kommunistische Wahlvorschlagn eines „Komitees werktätiger Bauern“ kam durchschnittlich über eine zweifelhafte Ziffer nicht hinaus. Von den 34 Oberämtern wurden in 6 über-

haupt keine kommunistischen Stimmen abgegeben und zwar in Veitsh, Neuenbürg, Biberach, Bradenheim, Ellwangen und Gaildorf. Am meisten Stimmen erhielten die Kommunisten im Bezirk Nürtingen mit 1241, es folgen Stuttgart-Amt mit 686 kommunistischen Stimmen, Rottenburg mit 480, Eßlingen 390, Horb 294, Heilbronn 290, Sulz 203, Crailsheim 175, Tübingen 162, Urach 155. Auch bei der Wahl der landwirtschaftlichen Arbeiter kam die gemeinsame Liste des Landarbeitersverbands und des Landw. Hauptverbands durchweg zum Zug. Der kommunistische Wahlvorschlagn „Einheitsliste der Land-, Forst- und Gärtnerarbeiter“ konnte einen noch weit geringeren Einfluß erreichen als bei den Landwirten. Von 34 Bezirken verzeichneten 21 überhaupt keine kommunistischen Stimmen. Stuttgart-Amt steht mit 132 Stimmen an der Spitze. Ravensburg meldet 27 Stimmen.

Freiberr von Stauffenberg rehabilitiert

In einem Artikel der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“ vom 17. Oktober 1931 wurde Reichstagsabgeordneter von Stauffenberg der Vorwurf gemacht, er habe in einer Ausschuss- und Vorkonferenz des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins Ebingen zum Steuerzweck aufgefördert. Nebenbei bestritt die „Tagwacht“ noch mit dem Privatleben des Herrn v. Stauffenberg, der in Vorträgen von der Not Deutschlands sprach, dagegen selbst in feudalen Verhältnissen lebe. Darin wurde eine läche Nachrede erblid, die jetzt zu einer Straßerklärung vor dem Amtsgericht Stuttgart gegen den verantwortlichen Redakteur der „Schwäb. Tagwacht“, Dr. Barthelmei führte. In einer Verurteilung kam es jedoch nicht, da sich die Parteien versöhnten und der Beisoldiate Dr. Barthelmei eine Erklärung abgab, nach der er die auf Grund falscher Informationen in der „Tagwacht“ erhobenen Vorwürfe gegen den Freiherrn von Stauffenberg mit dem Ausdruck des Bedauerns als unwahr zurücknimmt und eine Buße von 100 Mark in die Württ. Nothilfe abführt.

Sparmaßnahmen in den Schulen

Stuttgart, 25. Jan. Der Stand der öffentlichen Finanzen und der Wirtschaft zwingt dazu, die jährlichen Ausgaben für die Schulen und die Anforderungen an den Schulbedarf der Schüler auf das unbedingt Notwendige zu beschränken und alle Ausgaben für Dinge, die nur wünschenswert sind, zu unterlassen. Infolgedessen ist für alle Schulen u. a. folgendes bestimmt worden: Anstatt auf Einführung neuer Schulbücher, sowie ein Wechsel der bisher an einer Schule benutzten Lehrbücher dürfen von den Oberschulbehörden nur in besonderen Ausnahmefällen genehmigt werden. Der Unterricht darf nicht so gestaltet werden, daß die Schüler zur Anschaffung von besonderen Büchern gezwungen sind. Bei der Festlegung der für die Schüler erforderlichen sonstigen Lernmittel (Hefte, Schreib- und Zeichenpapier usw.) ist die durch die Zeitverhältnisse gebotene Zurückhaltung zu üben. Bei der Anschaffung von Lehrmitteln, ist auf die Kostlage der Gemeinden Rücksicht zu nehmen. Die jährlichen Schulausgaben und die Schulmanöver sind so einfach als möglich zu gestalten. Schulabreiter zu weiter entfernten Zielen müssen in der gegenwärtigen Notzeit aufs äußerste eingeschränkt werden. Genehmigungen zu Auslandsreisen von Schülern werden im Jahre 1932 nicht gegeben werden. Die Verlegung des Unterrichts ganzer Klassen in Schullandheime kann nur gestattet werden, wenn die Eltern aller Schüler sich schriftlich damit einverstanden erklärt haben. Die gegenwärtige Lage rechtfertigt es, von einer Ermanterung der Schüler zum Besuch von Vorführungen und Veranstaltungen, für die ein Eintrittsgeld erhoben wird, grundsätzlich abzusehen.

Die Ministerialabteilung für die höheren Schulen hat außerdem noch folgende Sparmaßnahme angeordnet: Höchstschülerzahlen sind: für die Klassen 1 und 2 je 45 Schüler, für die Klassen 3 bis 5 je 40 Schüler, für die Klassen 6 und 7 je 35 Schüler, für die Klassen 8 und 9 je 30 Schüler. Parallelklassen dürfen nicht gebildet werden, solange nicht die für die jeweilige Klassenstufe vorgesehene Höchstschülerzahl um 5 Prozent überschritten ist. Klassen mit weniger als 15 Schülern dürfen in der Regel nicht gebildet unterrichtet werden. Für die Unterrichtsvervollständigung der Lehrer werden besondere Bestimmungen getroffen.

Kundgebung der württ. Eisenbahner

Stuttgart, 25. Jan. Der Landesverband Württemberg der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner veranstaltete im Vinsenzhaus eine Kundgebung. Nach einem Referat von Ernst Kaiser-Münster i. Westf. über die schwierige Lage der Reichsbahn die hauptsächlich durch die politische Belastung in Bezug von Reparationen verurteilt sei, wurde eine Entschliessung angenommen, in der es heißt: Seit acht Jahren ist die Reichsbahn in den Reparationsplan eingeschleudert und hat in dieser Zeit 3873 Millionen Mark für Reparationszwecke aufgebracht und abgeliefert auf Kosten des Reichsbahnpersonals und zu hoher Tarife. Mit aller Entschiedenheit wenden sich die Eisenbahner gegen jegliche Abträge, die dahin führen die Reichsbahn zukünftig entweder für weitere Reparationszahlungen in Aussicht zu nehmen, oder als Pfand für Reparationen erneut festzusetzen. Die Kundgebung richtet an Regierung und Parteien, an Volk und Öffentlichkeit die dringende Aufforderung, sich mit aller Entschiedenheit gegen jegliche Reparationszahlungen, insbesondere gegen jegliche weitere Sonderbelastung der Reichsbahn zu wenden. Reichstagsabgeordneter Groh sprach über das Thema „Preissenkung“.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der letzte Urentel Herbers gestorben. In Schweinitz ist nach längerem Leiden im Alter von 62 Jahren Karl Alexander von Herber, der letzte Urentel Johann Gottfried Herbers, gestorben.

Der Verkehr in Persien durch Schnee lahmgelegt. Der Verkehr in ganz Persien ist durch den Schnee vollkommen lahmgelegt. Die telephonischen Verbindungen mit der Hauptstadt sind seit sechs Tagen unterbrochen. Die Straßen sind unbefahrbar.

Kraubüberfall auf einen Geldbriefträger. In einem Haus wurde in Götting der Geldbriefträger Lindner überfallen. Der Beamte kam die Treppe herab, als er von einem etwa 30 Jahre alten Unbekannten der ins Haus gekommen war, von hinten am Halbe gefaßt und gewürgt wurde. Auf die Hilferufe ließ der Täter von dem Beamten ab und ergriff die Flucht.

Schwerer Autobusunglück in Spanien. Ein Autobus, der 22 Personen zu einem Ausflug beförderte, fuhr infolge des Bruchs des Steuerrades gegen einen Baum. Fünf Personen kamen ums Leben, zehn wurden verletzt.

20 Personen durch Kohlenogd ohnmächtig geworden. Während einer Veranstaltung des Kriegervereins in Schleitan bei Halle am Sonntag entwickelten sich im Verfallungslokal Kohlenogdgase. Mehr 20 Personen wurden ohnmächtig aus dem Saal getragen werden.

Ungetreuer Konkursverwalter. Der Rechtsanwalt Buchling in Hamm ist michtig, weil er aus der Masse eines Konkurses, für den er zum Verwalter bestellt war, erhebliche Gelder unterschlagen hat. Auch seine Sekretärin, die in den Unterschlagungen beteiligt ist, ist mit wichtigen Unterlagen michtig.

Redeverbot für Goebbels. Der Polizeipräsident von Berlin hat für den nationalsozialistischen Abgeordneten Goebbels wegen der im Hellsdorf-Prozess gegen die Polizei erfolgten Angriffe Dr. Goebbels ein Redeverbot verhängt.

Keine Putschgefahr in Oesterreich. Unter Bezugnahme auf die in einzelnen Blättern verbreiteten beanpruchenden Gerüchte über einen neuerlichen Helmschutzputsch wird amtlich festgestellt, daß diese Nachrichten jeder Begründung entbehren.

Zehn Todesopfer des Vulkanausbruchs in Guatemala. Die Verluste an Menschenleben durch den Ausbruch des Vulkans Atacango in Guatemala sind geringer gewesen, als ursprünglich befürchtet worden war. Die Regierung hat die Zahl der Todesopfer auf zehn geschätzt.

Korell geht in den Parteientzug zurück. Wie wir erfahren, hat sich der frühere Minister für Arbeit und Wirtschaft, Korell, vor einiger Zeit um die Wiederübertragung einer Parteistelle beworben.

Aus dem Gerichtssaal

Göbbels im Kurfürstendamm-Prozess

Im Kurfürstendamm-Prozess wurde am Samstag der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels vernommen. Dr. Goebbels sagte, er bitte, ihm zu beweisen, daß die Behauptung, er habe mit Graf Helldorf bereits im Jahre vor dem 12. September eine planmäßige Demonstration besprochen, von einem Gewährsmann des Polizeipräsidenten stammt. Man soll mir erst diesen Mann Name in Auge gegenüberstellen, dann werde ich mich darüber erklären, vorher muß ich jede Antwort verweigern. Der Vorsitzende machte ihm darauf aufmerksam, daß er das Recht, die Aussage zu verweigern, nur dann habe, wenn er sich bei einer wahrheitsgemäßen Aussage der Gefahr einer strafbaren Verleumdung aussetze. Dr. Goebbels: „Wenn ich das Recht nicht habe, dann nehme ich es mir. Die Angelegenheit ließe sich so in fünf Minuten in Ordnung bringen, wenn sich der Polizeipräsident entschließen könnte, den seinen Denunzianten zu nennen, damit man ihn mir herholen könnte.“ Hierauf erhebt sich eine lebhaft Auseinandersetzung zwischen Staatsanwalt und Verteidigung. Dr. Goebbels bleibt bei der Verweigerung der Aussage, und das Gericht nimmt dann ein Protokoll auf, daß der Zeuge Dr. Goebbels sich so lange nicht erklären wolle, als ihm nicht die Vertrauensperson des Polizeipräsidenten genannt und gegenübergestellt werde.

Kinder als Zeugen

Am 25. Jan. Am 11. Dezember 1931 war der verheiratete Anwalde H. V. in Kleinsiedlungen vom Schöffengericht Göppingen wegen eines Sittlichkeitsverbrechens, bezogen an Kindern, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der bis dahin nicht verurteilte Angeklagte leute gegen das Urteil Berufung ein, die vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Ulm verhandelt wurde. Da sich ein Schuldbeweis lediglich auf die schwankenden Aussagen eines 17jährigen Mädchens und eines nach der Ansicht des Gericht nicht sehr glaubwürdigen älteren Mädchens hätte stützen können, kam das Berufungsgericht zur Freisprechung des Angeklagten.

Urteil im Kaphengst-Prozess — Drei Jahre Zuchthaus

Altona, 24. Jan. Das Schwurgericht verurteilte Alfred Kaphengst, den Verantwortigen der Sprengstoff für die Bombenanschläge in Schleswig-Holstein, Hannover und Oldenburg zu drei Jahren Zuchthaus.

Die Korntaler Sprengstoffdiebe vor dem Reichsgericht

Leipzig, 22. Jan. Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts wurde am Freitag über den im Januar v. J. von Mitgliedern der kommunistischen Arbeiterwehr verübten Sprengstoffdiebstahl im alten Steinbruch bei Korntal unweit Stuttgart verhandelt. Unter Führung des 29 Jahre alten Schlossers Wilhelm Eisele aus Feuerbach hatte ein Teil der Angeklagten sich im Anschlag an eine Kundgebung in Ludwigsburg bereits in der Sonntagsnacht des 25. Januar 1931 auf den Weg zu dem alten Steinbruch begeben, um, wie sie vor dem Reichsgericht angaben, nachzuleben, ob dort nicht nationalsozialistische Waffen lagerten. Zuerst wurde versucht, das in der Nähe des Steinbruchs befindliche Schießhaus des Kleinkaliberschützenvereins zu erschrecken und sodann mit Hilfe einer von dem Angeklagten Stumpf zur Verfügung gestellten Eisenkiste die eiserne Tür zum Sprengstofflager selbst einzuschießen, bis ein verdächtiger Lichtschein in der Nähe des Tatorts den weiteren Bemühungen ein Ende setzte. In der nächsten Nacht gelang dann die gewaltsame Öffnung des Schießhauses, aus dem zwei auf dem Schießstand verwendete Leppiche gestohlen wurden. Sie dienten später zur Verpackung der in dem Steinbruch lagernden 75 Pfund Sprengstoff, die dem Korntaler Gipswerk gehörten. Wie weiter festgestellt werden konnte, wurde dieser Sprengstoff von den Angeklagten nach der Wohnung des im Jahre 1926 wegen Sprengstoffverbrechens und anderer Delikte zu 9 Jahren Zuchthaus verurteilten Kommunisten Herr in Korntal verbracht, ist aber von dort verschwunden, ohne daß sich sein Verbleiben bisher ermitteln ließ. Der Mitangeklagte Sohn Willi des inzwischen amnestierten Kommunisten Herr, der wie alle übrigen Angeklagten nichts über den Verbleib des Sprengstoffes wissen will, ist, nachdem er vergebentlich aus dem Untersuchungsausschuß entlassen worden war, michtig geworden.

Der erkennende Senat glaubte den Angeklagten zwar, daß sie ursprünglich mit dem Vorhandensein nationalsozialistischer Waffen in dem von ihnen erbrochenen Gefäß des Schützenvereins gerechnet haben, hielt im übrigen aber für erwiesen, daß die Aneignung des Sprengstoffes im Sinne der parteipolitischen Ziele der KPD, zum Zwecke der Bewaffnung des Proletariats für einen kommenden Bürgerkrieg erfolgt ist. Bei allen Angeklagten wurde daher Vorbereitung zum Hochverrat angenommen in Tateinheit mit versuchtem bzw. vollendetem schweren Diebstahl je mit 1. T. auch Sprengstoffverbrechen. Sie wurden mit Ausnahme des jugendlichen Hilfsarbeiters Willi Vechner aus Feuerbach, der mit 2 Jahren Gefängnis davonkam, zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt.

Es erhielten im einzelnen der Hausarbeitsführer Eisele 4 Jahre, der Schlosser Fritz Müller aus Feuerbach 3 Jahre, der Hilfsarbeiter Karl Zampieri aus Jüssenhausen und der Maschinenarbeiter Friedr. Stumpf aus Feuerbach 2 Jahre und der Arbeiter Karl Weisk aus Ludwigsburg 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus. Außerdem wurde den mit Zuchthausstrafe belegten Angeklagten auch noch die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von je 5 Jahren aberkannt. Die erklittene Untersuchungshaft wird 1. T. auf die Strafen anzurechnen.

Rundfunk

Mittwoch, 27. Jan.: 6.15 Uhr Gemischt, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 15.30 Uhr Kinderstunde, 16.35 Uhr Vortrag: „Die Schwestern Vardua“, 17.05 Uhr Konzert, 18.30 Uhr Zeit, Landwirtschaft, 18.40 Uhr Babyprobe, Musik und Kanndalsimus bei den Wilden, 19.05 Uhr Vortrag: Braucht man zum Siedeln Geld?, 19.30 Uhr Zeit, Wetter, 19.35 Uhr Kleine Stücke für Violine, 20.10 Uhr Ruhland und Rumilla, 22.20 Uhr Wetter, Nachrichten, 22.50 Uhr Olympische Spiele 1932.

Druck und Verlag der W. Niefer'schen Buchdruckerei, Altensteig für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauf.

Letzte Nachrichten

Wieder 3 Nationalsozialisten ermordet

Breslau, 24. Jan. S.A.-Mann Schwamm, der seine Eltern in Jülz besuchen wollte, ging mit einem Parteigenossen und einem ihm bekannten Polizisten in Uniform auf der Straße in Jülz. Alle 3 wurden von 30 Kommunisten überfallen und Schwamm erhielt mit einem Knüttel einen durchbaren Schlag auf den Kopf, daß er nachts 1 Uhr starb. Die Kommunisten hoben nach dem Überfall die ganze Stadt terrorisiert, bis abends, um 7.30 Uhr, das inzwischen alarmierte Ueberfallkommando aus Oppeln eintraf.

Ein 16-jähriger Hitlerjunge in Berlin ermordet.

Berlin, 24. Jan. Am Sonntag, vormittags 7.30 Uhr, wurde der 16-jährige Hitlerjunge Herbert Norcus aus Berlin-Plägensee beim Zettelverleihen an der Gorkowskibrücke von kommunistischen Mordbanditen überfallen. Da sich der junge Parteigenosse des Angriffes der in der Ubergang befindlichen Gegner nicht erwehren konnte, schickte er in den Hausflur des Hauses Zwingsstraße 4. Die kommunistischen Mörder verfolgten den Hitlerjungen und schoben ihn im Hausflur nieder. Er erhielt 6 Stiche in Herz und Lunge.

Ein S.A.-Mann in Fürstentwalde niedergestochen.

Helmersdorf (Kreis Lebus), 25. Januar. S.A.-Mann Bernhard Humpel in Fürstentwalde wurde von Kommunisten niedergestochen.

Finnländischer Protest gegen den deutschen Butterzoll

Heisingfors, 25. Jan. Der finnländische Gesandte in Berlin, Wuhjoki, überreichte heute dem Reichskanzler eine Note, die einen Protest gegen die Erhöhung des deutschen Butterzolls enthält.

Keine Regierungsbeteiligung der N.S.D.A.P. in Hessen

Gießen, 25. Januar. Der Gauleiter der N.S.D.A.P. in Hessen, Landtagsabgeordneter Lenz, lehnte in einer Rede die Beteiligung seiner Partei an der Regierungsbildung in Hessen entschieden ab und erklärte, die N.S.D.A.P. könne warten, bis das jetzige System sein Ende erreicht habe; da komme die Zeit, wo die N.S.D.A.P. allein die Macht haben werde.

Kommunistische Demonstrationsversuche in Berlin

Berlin, 25. Januar. Gelegentlich der heute abend erfolgten Trauerfeier für den bei dem kürzlichen Zusammenstoß in der Laubendkolonie „Felsenad“ erschossenen Kommunisten Klemke kam es an mehreren Stellen des Berliner Nordens zu Versuchen zur Bildung von kommunistischen Demonstrationszügen, denen die Polizei aber überall erfolgreich entgegentrat. Ein Demonstrationszug wurde in unmittelbarer Nähe des Wedding-Palastes mit dem Gummiknüttel auseinandergetrieben.

Die amerikanische Auffassung über die japanischen Truppenlandungen in Shanghai

Washington, 25. Januar. In amtlichen Kreisen betrachtet man, wie gemeldet, die Lage in Shanghai als ernst, und man erwartet, daß Japan sie nicht durch Landung von Truppen in den internationalen Niederlassungen noch weiter kompliziere. Solange die Mannschaften der japanischen Kriegsschiffe auf dem japanischen Dock im chinesischen Stadtteil belassen würden, sei Grund für ein amerikanisches Einschreiten nicht gegeben, und man werde daher einstweilen keine Schritte bei der japanischen Regierung unternehmen.

Blutmaßliches Wetter für Mittwoch

Der Hochdruck über dem Festland beeinflusst nach wie vor die Wetterlage. Für Mittwoch ist trockenes und vielfach gelichtetes Wetter zu erwarten.

Benutzen Sie die günstige Gelegenheit meines Inventur-Ausverkaufs

in Glas, Porzellan, Steingut mit **10 Prozent Rabatt** bis Samstag, den 30. Januar 1932

bei **Chr. Burghard Jr., Altensteig.**

Reichsbund der Kriegbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen Ortsgruppe Altensteig u. Umgeb.

Sonntag, 31. Januar 1932, nachm. 2 Uhr bei Albert Luz

Hauptversammlung

wozu die Mitglieder zu zahlreicher Beteiligung febl. eingeladen sind. Anträge sind bis Samstag an den Vorstand einzureichen.

Zunweilen.

Die gestern ausgeschriebene Zwangsversteigerung

findet nicht statt.

Gerichtsvollzieherstelle Nagold.

Pfaffgrafenweiler.

Am Donnerstag, den 28. Januar 1932 findet hier ein



Vieh- und Schweinemarkt

statt. Gemeinderat.



ALLE SCHALLPLATTEN MUSIKHANDLUNG LAUF

Mk. 1500-2000

von michtigem Landw'rt auf 1. oder 15. Februar gegen gute Sicherheit

gesucht.

Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.

Verkaufe ein Paar schöne

Läufer-Schweine

ca. 150 Pfd. schwer. Tausch gegen ein Mutter-schwein nicht ausgeschlossen.

Würster, Baiernmühle

Telefon Nr. 82.

